

Amtsgericht Kreuzberg	2
Anschrift	2
Kontakt	2
Barrierefreie Zugänge	2
Öffnungszeiten	2
Hinweis für Terminkunden	2
Verkehrsanbindungen	2
Zahlungsmöglichkeiten	3
Insolvenzverfahren - Verbraucherinsolvenz	4
Voraussetzungen	4
Erforderliche Unterlagen	4
Formulare	4
Gebühren	5
Rechtsgrundlagen	5
Weiterführende Informationen	5
Hinweise zur Zuständigkeit	5

Amtsgericht Kreuzberg

Amtsgericht Kreuzberg

Anschrift

Möckernstraße 130
10963 Berlin

Kontakt

Telefon: (030) 90175-0
Fax: (030) 90175-211
Kontaktformular:

Barrierefreie Zugänge



Barrierefreier Zugang nur über den Eingang Hallesches Ufer 62.
Behindertenparkplatz: Kleinbeerenstraße / Ecke Möckernstraße

[Erläuterung der Symbole \(https://service.berlin.de/hinweise/artikel.2699.php\)](https://service.berlin.de/hinweise/artikel.2699.php)

Öffnungszeiten

Montag: 09:00-13:00 Uhr
Dienstag: 09:00-13:00 Uhr
Mittwoch: 09:00-13:00 Uhr
Donnerstag: 09:00-13:00 Uhr
Freitag: 09:00-13:00 Uhr

Hinweis für Terminkunden

Grundbuch:

Grundbucheinsichten sind nur noch nach Terminvereinbarung unter Tel. (030) 90 175-264 oder -718 möglich. Bitte beachten Sie, dass Teile des Grundaktenarchivs ausgelagert und daher bei Einsichtsersuchen nicht sofort verfügbar sind. Grundbuchauszüge können weiterhin zu den Sprechzeiten beantragt und nach entsprechender Prüfung erteilt werden.

Nachlass:

Erbausschlagungserklärungen werden nur nach Terminvereinbarung beurkundet. Nutzen Sie dafür die "Termin buchen"-Funktion auf dieser Internetseite.

Verkehrsanbindungen

S-Bahn

0.4km [S Anhalter Bahnhof](#)
S2, S25, S26, S1

U-Bahn

0.1km [U Möckernbrücke](#)

U1, U3, U7

 **Bus**

0.2km [U Möckernbrücke](#)

N1

0.3km [Schöneberger Brücke](#)

M29

0.4km [Willy-Brandt-Haus](#)

M41

Zahlungsmöglichkeiten

Barzahlung

Insolvenzverfahren - Verbraucherinsolvenz

Das Verbraucherinsolvenzverfahren dient der Entschuldung natürlicher Personen (Menschen), die

- nicht selbständig tätig sind oder
- selbständig waren und aus der Selbständigkeit keine offenen Forderungen aus der Beschäftigung von Arbeitnehmern und überschaubare Vermögensverhältnisse (weniger als 20 Gläubiger) haben.

Entschuldung bedeutet, die Schulden im Verfahren soweit als möglich zu begleichen und sich von dem Rest durch gerichtliche Entscheidung zu befreien.

Wenn Sie die Verbraucherinsolvenz beantragen wollen, lassen Sie sich von einer Schuldnerberatungsstelle oder einer anderen geeigneten Person unterstützen (unter "Weiterführende Informationen").

Voraussetzungen

- **vollständig ausgefüllter Antrag**
(unter "Formulare")
- **außergerichtlicher Einigungsversuch**
Nehmen Sie bei der Durchführung des außergerichtlichen Einigungsversuchs zwingend die Hilfe einer geeigneten Person (z.B. Rechtsanwalt) oder einer geeigneten Stelle (Schuldnerberatung) in Anspruch. Der Nachweis über den gescheiterten außergerichtlichen Einigungsversuch darf bei Antragstellung nicht älter als 6 Monate sein.
- **Abtretungserklärung**
Sie müssen eine Abtretungserklärung für den pfändbaren Teil Ihres Einkommens zusammen mit Ihrem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens einreichen. Das Formular des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz enthält diese Erklärung.
- **sonstige notwendige Erklärungen**
Hintergrund dieser Erklärungen ist die Prüfung, ob Ihnen bereits die Restschuldbefreiung erteilt oder versagt wurde und in welchem Zeitraum dies geschehen ist. Das Formular des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz enthält diese Erklärungen.

Erforderliche Unterlagen

- **Antrag auf Eröffnung des Verbraucherinsolvenzverfahrens und Erteilung der Restschuldbefreiung (zwingend zu benutzen)**
- **Antrag auf Bewilligung von Kostenstundung (bei Bedarf)**

Formulare

- **Kombinierten Antrag auf Eröffnung des Verbraucherinsolvenzverfahrens und Erteilung der Restschuldbefreiung (zwingend zu benutzen) (Bundesministerium der Justiz)**
(https://www.bmjv.de/DE/service/formulare/form_verbraucherinsolvenzverfahren/form_verbraucherinsolvenzverfahren_node.html)

- **Antrag auf Kostenstundung (bei Bedarf) (Justizportal-NRW)**
(<https://www.justiz.nrw/BS/formulare/insolvenz/verfahrenskostenstundung>)

Gebühren

Gebühren und Auslagen des Gerichts und die Vergütung des Insolvenzverwalters richten sich nach der Insolvenzmasse. Im Falle der Kostenstundung übernimmt zunächst die Staatskasse die Kosten.

Rechtsgrundlagen

- **Insolvenzordnung (InsO) §§ 304 ff**
(<https://www.gesetze-im-internet.de/inso/BJNR286600994.html#BJNR286600994BJNG036402311>)
- **Gerichtskostengesetzes (GKG) § 58**
(https://www.gesetze-im-internet.de/gkg_2004/_58.html)
- **Insolvenzordnung (InsO) § 65**
(https://www.gesetze-im-internet.de/inso/_65.html)
- **Insolvenzrechtliche Vergütungsverordnung (InsVV)**
(<https://www.gesetze-im-internet.de/insvv/>)
- **Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG)**
(<https://www.gesetze-im-internet.de/jveg/>)

Weiterführende Informationen

- **Informationen zu Schuldnerberatungsstellen Berlins (Landesarbeitsgemeinschaft Schuldner- und Insolvenzberatung Berlin e.V.)**
(<https://www.schuldnerberatung-berlin.de/>)
- **Schuldner- und Insolvenzberatung (Dienstleistung)**
(<https://service.berlin.de/dienstleistung/327302/>)
- **Übersicht zu den Insolvenzverfahren**
(https://www.berlin.de/gerichte/_assets/was-moechten-sie-erledigen/ag_ch_in_so_uebersicht_insolvenzen.pdf)
- **Orts- und Gerichtsverzeichnis (Justizportal des Bundes und der Länder)**
(<https://www.justizadressen.nrw.de/de/justiz/suche>)

Hinweise zur Zuständigkeit

Zuständiges Insolvenzgericht ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Schuldner seinen Wohnsitz hat.